

Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt Rechnungsprüfungsamt	Nr. 221/2017
---	------------------------

Betreff:

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Prüfung der Finanzvorfälle gem. § 100 Abs. 4 Landeshaushaltsordnung für die Stadt Sassenberg

Beratungsfolge	Termin
Kreisausschuss Berichterstattung: Herr KK Dr. Funke	17.03.2017
Kreistag Berichterstattung: Herr KK Dr. Funke	24.03.2017

Finanzielle Auswirkungen:		<input checked="" type="checkbox"/> ja (sh. Erläuterungen)	<input type="checkbox"/> nein
Falls ja:			
Im Haushaltsplan vorgesehen:		<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (die Beauftragung lag bei Aufstellung des HH noch nicht vor)
Produkt	Nr. 010510	Bez. Rechnungsprüfung	
Ergebnisplanposition oder Investition	Nr. 06	Bez. Kostenerstattung	
Betrag a) für den Zweck veranschlagt und b) nunmehr erforderlich	a) EUR b) EUR		
1) Investitionsauszahl./einmalige Aufwendungen:		2) Lfd. Aufwendungen (einschl. Abschreibungen) jährlich:	
insgesamt:	EUR	insgesamt:	EUR
Beteiligung Dritter:	EUR	Beteiligung Dritter:	EUR
Belastung Kreis Warendorf:	EUR	Belastung Kreis Warendorf:	EUR

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigegeführten Vereinbarungsentwurfs eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Sassenberg abzuschließen.

Erläuterungen:

§ 100 Abs. 4 der Landeshaushaltsordnung (LHO) vom 26.04.1999 in der zurzeit geltenden Fassung begründet eine Vorprüfungsverpflichtung der Stadt Sassenberg für die dort genannten Finanzvorfälle. § 100 Abs. 4 LHO hat folgenden Wortlaut:

"Führt eine Stelle außerhalb der Landesverwaltung

- Teile des Haushaltsplans des Landes aus oder
 - erhält sie vom Land Ersatz von Aufwendungen oder
 - verwaltet sie Mittel oder Vermögensgegenstände des Landes,
- so obliegt ihr auch die Vorprüfung unter entsprechender Anwendung der landesrechtlichen Vorschriften, soweit mit dem Landesrechnungshof nichts anderes vereinbart ist.

Die für die Vorprüfung zuständigen Stellen unterstehen bei ihrer Prüfungstätigkeit fachlich nur dem Landesrechnungshof, der die Vorlage der Prüfungsergebnisse jederzeit verlangen und sich die abschließende Entscheidung vorbehalten kann".

Die Stadt Sassenberg hat die Vorprüfung der Finanzvorfälle nach § 100 LHO bisher durch das Rechnungsprüfungsamt (RPA) der Stadt Warendorf durchführen lassen. Diese hat in der Vergangenheit in der Regel die Bereiche Wohngeld, Fischereiabgabe und einen weiteren nach § 100 LHO betroffenen Bereich geprüft.

Bekanntlich haben der Rat der Stadt Warendorf am 30.06.2016 und der Kreistag am 01.07.2016 zugestimmt, dass die Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung für die Stadt Warendorf ab dem 01. Januar 2017 durch den Kreis wahrgenommen werden.

Mit Übernahme der örtlichen Rechnungsprüfung für die Stadt Warendorf beabsichtigt der Kreis, auch die Vorprüfung nach § 100 LHO für die Stadt Sassenberg durchzuführen.

Der Aufwand für die Prüfung wird auf Grundlage des im Prüfzeitraum aktuellen Berichtes "Kosten eines Arbeitsplatzes" der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement, Köln (KGST) nach den tatsächlich geleisteten Prüfarbeitsstunden abgerechnet.

Die Vereinbarung zur Übernahme dieser Aufgabe soll auf Grundlage § 102 Abs. 2 Satz 1 u. 2 GO geschlossen werden.

Hiernach können kreisangehörige Gemeinden mit dem Kreis eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Inhalt abschließen, dass die örtliche Rechnungsprüfung des Kreises die Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung in einer Gemeinde gegen Kostenerstattung wahrnimmt. Die Vereinbarung kann auch vorsehen, dass die Rechnungsprüfung des Kreises nur einzelne Aufgabengebiete der Rechnungsprüfung in der Gemeinde wahrnimmt.

Für die Übertragung der Aufgabe wurde der beigefügte Vereinbarungsentwurf erstellt. Danach soll die Vorprüfungsaufgabe ab dem 01. Mai 2017 durch den Kreis übernommen werden.

Der Rat der Stadt Sassenberg hat diesem Vereinbarungsentwurf inzwischen am 09.02.2017 zugestimmt.

Anlagen:
Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

1. _____
Amtsleitung
2. _____
Dezernent
3. _____
Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen
Auswirkungen)
4. _____
Landrat